

# Dem Aufschwung fehlt die Kraft

Jüngere Wirtschaftsdaten erwecken den Eindruck, Europa sei auf dem Wege der Besserung. Doch die Krise ist nicht ausgestanden.

Die große Krise ist nicht vorbei. Zu diesem Ergebnis kommen das IMK, das Pariser Observatoire Francais des Conjonctures Economiques, der Economic Council of the Labour Movement in Kopenhagen und die Arbeiterkammer Wien im vierten Independent Annual Growth Survey, der eine Alternative zum gerade erschienenen Annual Growth Survey der EU-Kommission darstellt. Auch wenn der Trend zu positiven Wachstumsraten und Leistungsbilanzüberschüssen gehe, heiße das noch lange nicht, dass der Euroraum wirtschaftlich gesunde. Vielmehr drohe eine Phase der Stagnation mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Die Lage könne jederzeit kippen und Europa in eine deflationäre Abwärtsspirale stürzen. Denn anders als in den USA oder Großbritannien fehle dem Aufschwung die Kraft.

Das hat, so die Analyse, vor allem mit dem wirtschaftspolitischen Umfeld zu tun: Während Amerikaner und Briten höhere Inflation, defizitäre Leistungsbilanzen und schneller steigende Staatsschulden duldeten, hielten sich die Euroländer lange an konservative Kaufmannstugenden. Resultat: niedrigere und aktuell weiter rückläufige Investitionen, weniger Wachstum, höhere Erwerbslosenquoten.

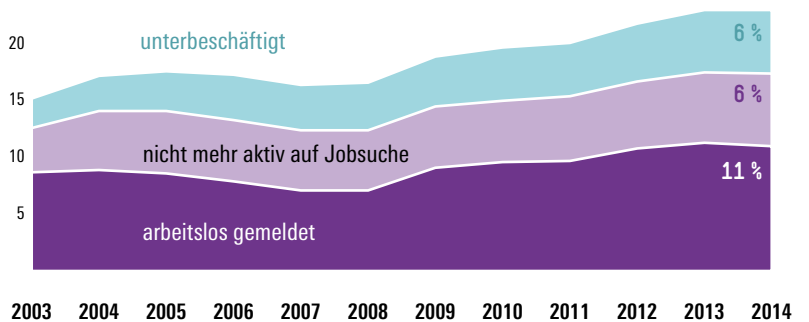
Der „viel zu langsame Abbau der Arbeitslosigkeit“ – beim jetzigen Tempo würde die Quote erst 2022 wieder auf den Stand von 2007 fallen – werde tiefe Narben hinterlassen, fürchten die Wirtschaftsforscher. Fast jeder vierte Erwerbwillige und -fähige im Euroraum ist heute arbeitslos gemeldet, unterbe-

schäftigt oder hat entmutigt die aktive Jobsuche eingestellt. Ohne Politikwechsel sehen die Forscher eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne, weiter nachlassende Investitionen und einen schrumpfenden volkswirtschaftlichen Kapitalstock voraus. Mehr Armut und eine perspektivlose Jugend schmälerten langfristig das produktive Potenzial vor allem in Südeuropa. <

Quelle: IMK, OFCE, ECLM, AK Wien: Give Recovery a Chance, November 2015  
Download: [bit.do/impuls0173](http://bit.do/impuls0173)

## Dstere Aussichten am europäischen Arbeitsmarkt

In der Eurozone waren ...



Quelle: IMK u. a. 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0174](http://bit.do/impuls0174) Daten: [bit.do/impuls0175](http://bit.do/impuls0175)

Hans Böckler Stiftung

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

# Sparen kostet Wachstum

Sparmaßnahmen haben die Krise in der Eurozone massiv verschärft. Bis zu 80 Prozent der Einbußen beim Wirtschaftswachstum sind darauf zurückzuführen.

Die Austeritätspolitik der Euroländer ist maßgeblich für die schwache wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich. Das zeigen Simulationsrechnungen, die IMK-Forscher Ansgar Rannen- berg, Christian Schoder von der New School for Social Research und Jan Strasky von der OECD mit makroökonomischen Modellen der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission durchgeführt haben. In den Modellen verringert die Sparpolitik das Bruttoinlandsprodukt zum einen direkt, weil die staatliche Nachfrage zurückgeht. Darüber hinaus sinkt mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die mehr Steuern zahlen, weniger Sozialleistungen erhalten und zum Teil von Jobverlusten betroffen sind, der Konsum. Zudem gehen die privaten Investitionen und die Inflation zurück, was den Realzins erhöht und so die Binnennachfrage zusätzlich bremst.

Allein wenn man diese Effekte berücksichtigt, dürften die Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen der Jahre 2011

bis 2013, die sich nach Schätzungen der EU auf etwa 4 Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone summieren, das reale Bruttoinlandsprodukt bis Ende 2013 um 2,5 bis 3,5 Prozent gedrückt haben. Noch deutlicher fllt das Ergebnis aus, wenn angenommen wird, dass Unternehmen und Haushalte in der Krise schwerer an Kredite kommen. Der Analyse zufolge wären es dann 4,5 Prozent. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts der Euroländer im Vergleich zum Vorkrisentrend wäre demnach zu vier Fünfteln auf Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen. Nach Ansicht der Ökonomen hätten diese Verluste größtenteils vermieden werden können, wenn die Regierungen Einsparungen auf Zeiten mit robustem Wachstum verschoben hätten. <

Quelle: Ansgar Rannen- berg, Christian Schoder, Jan Strasky: The macroeconomic effects of the Eurozone's fiscal consolidation, Vox EU, November 2015 Download: [bit.do/impuls0176](http://bit.do/impuls0176)